

Der Verlust der Utopien

Zu: „Die Krise der Linken“, FR-Feuilleton vom 8. Juni

Dass prominente Linke einen Widerspruch zwischen dem traditionellen Kampf um Verteilungsgerechtigkeit und Identitätspolitik konstruieren, verkennt, dass bei dem Kampf um Anerkennung und Würde zugrunde liegt. Die Würde wiederherzustellen, unabhängig davon, ob sie durch ausbeuterische Löhne oder durch Rassismus, Sexismus, Homophobie etc. angegriffen wurde, sollte die oberste Maxime der Linken darstellen. Zugleich sollte die Linke wieder lernen, Utopien zu entwickeln, so wie es der Frühsozialist Charles Fourier (1772–1837) vormachte, als er „Eintracht und Überfluss“ in einem „genossenschaftlichen Staat“ prophezeite. Auch wenn die Utopie niemals vollständig Realität werden wird, dient sie doch als Orientierung und Stärkung für die tagesaktuellen Kämpfe, die die Linke zu bestreiten hat. Thomas Tews, Frankfurt

Zufrieden mit dem Ertrag

Wetter im Mai: „Zu nass, zu kalt, zu dunkel“, FR-Panorama vom 1. Juni

Ist der Mai kühl und nass, füllt's dem Bauern Scheuer und Fass, sagt das Sprichwort. Wir Photovoltaikanlagenbetreiber können mitgingen. Im Mai 2021: Versteckte Sonne, kurze sonnige Episoden haben zu einem fast durchschnittlichen Solarstromertrag geführt. Wenn wie bei mir das Ganze mit einer Solarbatterie abgepuffert wird, führte das zu einer Eigenstromversorgung von 97 Prozent. Trotz Laden eines E-Autos und energieaufwändigem Hobby (Backen) kann ich hoch zufrieden sein. Lutz Wedel, Groß-Elbe

Diskussion: frblog.de/klimapolitik-2

FR-Blog: Klientelpartei

Tritt die Frankfurter FDP in eine Römer-Koalition ein?

Die FDP ist völlig überbewertet

Wer es noch nicht verstanden hat, dem sei in Ergänzung zu Herrn Steinkilbergs Leserbrief vom 7.6. gesagt: Die FDP ist eine ausschließlich neoliberale Klientelpartei für die Wirtschaft (Unternehmer, Immobilienspekulanten, Besserverdienende). Wer was anderes glaubt, macht sich was vor oder geht Lindner, Kubicki und Konsorten auf den Leim. Sie ist in unserem Parteienspektrum völlig überbewertet. Mit ihrem kernharten Wirtschaftsliberalismus ist sie der Wolf des Neoliberalismus im Schafspelz vorgeblicher bürgerlicher Liberalität. Ich wünsche ihr unter fünf Prozent. Dann kann sie wenigstens keinen Schaden am Gemeinwohl anrichten. Jürgen Heck

Diskussion: frblog.de/lf-20210531



Wir haben geöffnet!

Lange war's zu kalt, aber jetzt geht es rund in Bronskis Offenbacher Garten, der zu einer Innenstadtoase für Insekten umgebaut wurde. Die

Hummeln sind ganz wild auf Borretsch (Gurkenkraut), wie man hier sieht. Weitere Bilder im FR-Blog unter: frblog.de/garten-13

LUTZ „BRONSKI“ BÜGE

Allzu viele streben nach rechten, autoritären „Lösungen“

Wahl in Sachsen-Anhalt: „Blaues Auge“ und „Weckruf für alle“, FR-Titel und -Meinung vom 7. Juni

Die Sachsen-Anhalter waren schlecht informiert

Zwar hat die CDU in Sachsen-Anhalt ein tolles Ergebnis erreicht, aber dies bedeutet nicht, dass sie es leicht haben wird, eine Regierung zu bilden. Wenn die SPD angesichts der sehr schlechten Umfragewerte (Sachsen-Anhalter sprechen der SPD die soziale Kompetenz ab) entscheiden würde, sich nicht an der Regierung zu beteiligen, frei nach dem Motto: „Macht euern Dreck alleine“, bleibt Herrn Haseloff nur die Wahl, mit FDP und Grünen zu koalieren. Man könnte der SPD nicht mal Vorwürfe machen, denn wie Christian Lindner bereits philosophiert hatte, ist es besser, nicht zu regieren, als schlecht zu regieren.

Uns wundert, woher die Einwohner von Sachsen-Anhalt ihre Informationen bezogen haben, denn während die SPD fleißig ihr Programm abgearbeitet hat (Mindestlohn, Gute-Kita-Gesetz, Grundrente, Verbesserung der Pflegesätze etc.), hat der Koalitionspartner die Milliarden nur so verballert, dass es eine wahre Freude war (besonders für Apotheker).

Während bei der Grundrente (Gesamtjahreskosten 1,5 Milliarden) die christlichen Parteien eine Bedürftigkeitsprüfung der infrage kommenden Begünstigten verlangten, wird uns bis heute unterschlagen, wie viele verkappte Millionäre erwischt wurden und was die Prüfung an Kosten verursacht hat. Hier ist eine gründliche Recherche seitens der Presse dringend erforderlich.

Anita und F.W. Osterloh, Frankfurt

Brandmauer muss immer wieder eingefordert werden

Ich bin Andreas Schwarzkopf sehr dankbar, dass er in seinem Leitartikel darauf hinweist, dass angesichts der Tatsache, dass mehr als ein Fünftel der Wähler ihr Kreuz bei der AfD machten, in der Tat von einer Niederlage für alle Demokratinnen und Demokraten gesprochen werden muss. Ich bin davon überzeugt, dass es leider auch in der CDU mehr Sympathisantinnen und Sympathisanten gibt, die für eine Zusammenarbeit mit der AfD im Ernstfall zu gewinnen wären. Dazu gehören auch Leute wie jene Vize-Fraktionsvorsitzenden der CDU, die halt nicht für die Brandmauer gegen die AfD stehen, die immer wieder

eingefordert werden muss. In einem Bundesland wie Sachsen-Anhalt, in dem etwa die Stadt Halle liegt, wo im vergangenen Jahr der schlimme Angriff auf die Synagoge geschehen ist, ist es um so unverständlicher, dass die antisemitische und rechtsextreme AfD so viele Wählerstimmen auf sich vereinen kann.

Leider muss man davon ausgehen, dass das Potenzial jener, die ein rechtsextremes Modell in Sachsen-Anhalt und im gesamten Bundesgebiet für diese Gesellschaft nicht ausschließen, größer ist als man als Demokrat für möglich hält. Wir dürfen nie vergessen, dass wir in Deutschland eine besondere Verantwortung für den Bestand der parlamentarischen Demokratie haben. Allzu viele streben nach rechten autoritären „Lösungen“ für die vielfältigen Probleme dieser Republik. Ich bin nach wie vor für ein rot-grün-rotes Projekt und sehe die Hauptaufgabe auch der agierenden Politiker darin, ihren Amteid umzusetzen, in dem sie geschworen haben, sich für den Erhalt unserer Demokratie einzusetzen. Leider ist diese Selbstverständlichkeit bei einem nicht unerheblichen Teil insbesondere in der CDU nicht klar genug zu er-

Nicht reformierbar

Kardinal Marx: „Die Kirche ist an einem toten Punkt“, FR-Politik vom 5. Juni

Der Erzbischof von München und Freising, Kardinal Reinhard Marx, hatte Papst Franziskus seinen Rücktritt angeboten. Er wolle damit Mitverantwortung tragen für „die Katastrophe des sexuellen Missbrauchs“. Diese Demission ist zwar moralisch sehr lobenswert. Sie geht aber vom Falschen aus. Kardinal Marx hat immer Verantwortung gezeigt und für Reformen und ein Miteinander der Religionen geworben. Das System der katholischen Kirche hat Züge einer kriminellen Vereinigung, und da wäre es an der Zeit, dass die wirklich Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Warum ist Kardinal Woelki, Erzbischof von Köln, nicht zurückgetreten?

Dadurch, dass die Kritiker und Reformer der katholischen Kirche den Rücken kehren, stärken sie die Verursacher der Misere, die weiter ihr menschenverachtendes Süppchen kochen und sich immer weiter von der christlichen Botschaft entfernen. So hat der Vatikan Homosexualität zur Sünde erklärt und verweigert gleichgeschlechtlichen Paaren den Segen. Mit dem Verbot der Frauenordination hat der Vatikan das Kirchenrecht dahingehend verschärft, dass eine Partizipation von Frauen in der Kirche und ihre volle Teilhabe an Ämtern in der Kirche mit Sanktionen belegt wird. Für die Weihe von Priesterrinnen droht Exkommunikation bzw. für Kleriker der Rauschmiss. Dieser Missgriff zeigt deutlich: Die katholische Kirche ist nicht reformierbar.

Conrad Fink, Freiberg a.N.

kennen. Ihnen muss auch gesagt werden, dass AfD-Anhänger und -Protagonisten mit Konservatismus nichts zu tun haben. Die AfD ist nicht konservativ, sondern plump rechtsextrem. Insofern ist also die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt für Demokratinnen und Demokraten jeglicher Couleur alles andere als ein Triumph, sondern ein Weckruf.

Manfred Kirsch, Neuwied.

Wie soll da Optimismus aufkommen?

Meine Wahlanalyse Sachsen-Anhalt bezieht sich nicht auf Prozente, sondern auf die absoluten Zahlen. Von den 1788900 Wahlberechtigten haben etwa 700000 nicht gewählt, die CDU erhielt 404000 Stimmen, die AfD etwa 220000 Stimmen. Die Zahl der Nichtwähler ist größer als die Zahl der Wähler von CDU und AfD zusammen. 1324000 Menschen in Sachsen-Anhalt, also drei Viertel aller Wahlberechtigten haben konservativ, rechts oder gar nicht gewählt. Wo soll da der Optimismus auf positive Veränderungen herkommen?

Werner Runde, Mönkeberg

Diskussion: frblog.de/cdu-2021